

Name:
Adresse:

Datum:

**S.E. Herrn Nasimi Aghayev
Botschaft der Republik Aserbaidschan
Hubertusallee 43
14193 Berlin**

Exzellenz,
mit unten stehendem Schreiben appelliere ich an den Präsidenten der Republik Aserbaidschan, die uneingeschränkte humanitäre Versorgung der gesamten Bevölkerung in Bergkarabach zu ermöglichen. Ich ersuche Sie, mein Schreiben an den Präsidenten weiterzuleiten. Gestatten Sie mir ferner, die Bitte vorzutragen, mich zu informieren, weswegen Aserbaidschan den Latschin-Korridor geschlossen hält.
Hochachtungsvoll

Appell an den Präsidenten der Republik Aserbaidschan, Herrn Ilham Aliyev

Sehr geehrter Herr Präsident,

mit Entsetzen vernehme ich Berichte über die dramatische Situation der Menschen in Bergkarabach aufgrund der Schließung des Latschin-Korridors.

Am 15. August 2023 kam es infolge der Blockade zum **Hungertod** des 40-jährigen Armeniers **Karo Howhannisjan**. Die 120.000 Menschen überwiegend armenischer Abstammung – darunter 30.000 Kinder, 20.000 ältere Menschen, 9.000 Menschen mit Behinderung sowie 2.000 Schwangere – sind in akuter Lebensgefahr.

Seit Mitte Juni werden Medikamente, Nahrungsmittel, sogar Babynahrung, und Treibstoff nicht mehr nach Bergkarabach gelassen. Auch Hilfskonvois des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz dürfen die Zivilpersonen nicht mehr versorgen.

Der Jurist und ehemalige Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs, Luis Moreno Ocampo, bezeichnete die Hungerblockade als **Genozid** nach Art. II, 3 der UN-Genozidkonvention.

Daher appelliere ich an Sie, die humanitäre Versorgung über den Latschin-Korridor unverzüglich und uneingeschränkt zu ermöglichen, damit nicht noch mehr Menschen sterben oder an Krankheiten leiden müssen. Ebenso bitte ich Sie, die zwischen Aserbaidschan und Armenien strittigen territorialen Fragen diplomatisch zu lösen und nicht militärisch auszutragen.

In Anbetracht der gravierenden Menschenrechtsverletzungen im Zuge wiederholter Kriegshandlungen ersuche ich Sie, den Schutz aller vom Konflikt betroffenen Menschen vor Folter und vor außergerichtlichen Hinrichtungen sicherzustellen.

Mit hochachtungsvollem Gruß

Name:
Adresse:

Datum:

**Frau Bundesaußenministerin
Annalena Baerbock
Werderscher Markt 1
10117 Berlin**

Sehr geehrte Frau Ministerin,

in äußerster Sorge um die Menschen in Bergkarabach aufgrund der Schließung des Latschin-Korridors durch Aserbaidschan wende ich mich an Sie mit der Bitte um Unterstützung.

Am 15. August 2023 kam es infolge der Blockade zum **Hungertod** des 40-jährigen Armeniers **Karo Howhannisjan**. Die 120.000 Menschen überwiegend armenischer Abstammung – darunter 30.000 Kinder, 20.000 ältere Menschen, 9.000 Menschen mit Behinderung sowie 2.000 Schwangere – sind in akuter Lebensgefahr. Die Zahl der Früh- und Fehlgeburten hat sich verdreifacht.

Seit Mitte Juni werden Medikamente, Nahrungsmittel, sogar Babynahrung, und Treibstoff nicht mehr nach Bergkarabach gelassen.

Der Jurist und ehemalige Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs, Luis Moreno Ocampo, bezeichnete die Hungerblockade als **Genozid** nach Art. II, 3 der UN-Genozidkonvention.

Trotz der immensen Herausforderungen aufgrund des Ukraine-Kriegs dürfen Deutschland und unsere Wertepartner nicht zu einem wieder beginnenden Völkermord an den Menschen armenischer Herkunft schweigen.

Dies würde nur weiteren Menschenrechtsverletzungen und Erpressungsversuchen durch Aserbaidschans Diktator Ilham Aliyev und andere Regime als Rohstofflieferanten die Tür öffnen.

Im Interesse der bedrohten Kinder, Frauen und Männer in Bergkarabach bitte ich Sie:

- als Bundesaußenministerin öffentlich die sofortige Aufhebung der Blockade anzumahnen;
- in der Bundesregierung und in der EU sowie bei all unseren Wertepartnern eine klare Verurteilung der Genozidhandlungen und der weiteren Menschenrechtsverletzungen Aserbaidschans zu verlangen und bei Fortsetzung der Aushungerung Sanktionen gegen das Regime von Aliyev abzustimmen;
- von Aserbaidschan eine diplomatische Beilegung des Konflikts mit Armenien zu fordern.

Gern würde ich in dieser Angelegenheit von Ihnen hören.

In der Hoffnung auf Ihre Unterstützung verbleibe ich
mit hochachtungsvollem Gruß

Name:
Adresse:

Datum:

Vo Van Thuong
President of Viet Nam
No. 2, Hung Vuong, Ba Dinh District
Ha Noi
VIETNAM

Sehr geehrter Herr Präsident,

Berichte über die drohende Hinrichtung des Inhaftierten **Nguyen Van Chuong** beunruhigen mich sehr.

Der 40-jährige Nguyen Van Chuong wurde 2008 gemeinsam mit zwei weiteren Personen wegen angeblichen Raubüberfalls und der Ermordung eines Polizisten im Juli 2007 zum Tode verurteilt. Am 4. August 2023 erhielt seine Familie eine Aufforderung, die Übergabe seines Leichnams zu regeln. Dies lässt befürchten, dass seine Hinrichtung kurz bevorstehen könnte.

Mehrere Personen aus Nguyen Van Chuongs Dorf sollen bereit sein, auszusagen, dass sie den Verurteilten zur mutmaßlichen Tatzeit im Dorf und damit 40 Kilometer vom Tatort entfernt gesehen hatten. Zwei von ihnen, die dies bereits bezeugt hatten, berichteten, dass sie von Polizeikräften misshandelt und genötigt worden seien, ihre Aussage zurückzuziehen.

Im Zuge des Gerichtsprozesses kam es zu Unregelmäßigkeiten während der Untersuchungs-, Verfahrens- und Rechtsmittelphasen. Zeugenaussagen vor Gericht wiesen zahlreiche Widersprüche auf. Nguyen Van Chuong beklagt, er sei unter Folter zu einem „Geständnis“ gezwungen worden.

Todesurteile in Prozessen, die nicht internationalen Standards für faire Verfahren entsprechen – etwa gemäß Artikel 14 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte – sind völkerrechtswidrig. Eine Hinrichtung auf dieser Grundlage ist als willkürlich zu betrachten.

Ich ersuche Sie, das Todesurteil aufzuheben und Nguyen Van Chuong ein neues, faires Verfahren zu ermöglichen. Sollte seine Schuld nicht zweifelsfrei nachzuweisen sein, muss er freigelassen werden.

Da die Todesstrafe grausam und unmenschlich ist, appelliere ich an Sie, ein Moratorium für Hinrichtungen zu verfügen und die Todesstrafe entsprechend der weltweiten Tendenz für alle Verbrechen abzuschaffen.

Mit hochachtungsvollem Gruß

Als Kopie zur Kenntnis an:

S.E. Herrn Herrn Vu Quang Minh
Botschaft der Sozialistischen Republik Vietnam
Elsenstraße 3
12435 Berlin

Name:
Adresse:

Datum:

**S.E. Herrn Herrn Vu Quang Minh
Botschaft der Sozialistischen Republik Vietnam
Eisenstraße 3
12435 Berlin**

Exzellenz,
mit unten stehendem Schreiben, das ich Ihnen als Kopie übersende, möchte ich den Präsidenten der Sozialistischen Republik Vietnam, im Falle des zum Tode verurteilten Gefangenen Nguyen Van Chuong um Unterstützung ersuchen. Sehr dankbar wäre ich Ihnen für Informationen über die zu Gunsten des Inhaftierten unternommenen Anstrengungen.
Hochachtungsvoll

Vo Van Thuong, President of Viet Nam
No. 2, Hung Vuong, Ba Dinh District, Ha Noi – VIETNAM

Sehr geehrter Herr Präsident,

Berichte über die drohende Hinrichtung des Inhaftierten **Nguyen Van Chuong** beunruhigen mich sehr.

Der 40-jährige Nguyen Van Chuong wurde 2008 gemeinsam mit zwei weiteren Personen wegen angeblichen Raubüberfalls und der Ermordung eines Polizisten im Juli 2007 zum Tode verurteilt. Am 4. August 2023 erhielt seine Familie eine Aufforderung, die Übergabe seines Leichnams zu regeln. Dies lässt befürchten, dass seine Hinrichtung kurz bevorstehen könnte. Mehrere Personen aus Nguyen Van Chuongs Dorf sollen bereit sein, auszusagen, dass sie den Verurteilten zur mutmaßlichen Tatzeit im Dorf und damit 40 Kilometer vom Tatort entfernt gesehen hatten. Zwei von ihnen, die dies bereits bezeugt hatten, berichteten, dass sie von Polizeikräften misshandelt und genötigt worden seien, ihre Aussage zurückzuziehen. Im Zuge des Gerichtsprozesses kam es zu Unregelmäßigkeiten während der Untersuchungs-, Verfahrens- und Rechtsmittelphasen. Zeugenaussagen vor Gericht wiesen zahlreiche Widersprüche auf. Nguyen Van Chuong beklagt, er sei unter Folter zu einem „Geständnis“ gezwungen worden.

Todesurteile in Prozessen, die nicht internationalen Standards für faire Verfahren entsprechen – etwa gemäß Artikel 14 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte – sind völkerrechtswidrig. Eine Hinrichtung auf dieser Grundlage ist als willkürlich zu betrachten. Ich ersuche Sie, das Todesurteil aufzuheben und Nguyen Van Chuong ein neues, faires Verfahren zu ermöglichen. Sollte seine Schuld nicht zweifelsfrei nachzuweisen sein, muss er freigelassen werden. Da die Todesstrafe grausam und unmenschlich ist, appelliere ich an Sie, ein Moratorium für Hinrichtungen zu verfügen und die Todesstrafe entsprechend der weltweiten Tendenz für alle Verbrechen abzuschaffen.

Mit hochachtungsvollem Gruß